

Liechtenstein stellt sich auf Steuer-Verhandlungen ein - RTRS

- von Albert Schmieder

Vaduz, 16. Mai (Reuters) - Liechtenstein stellt sich auf Verhandlungen mit der Europäischen Union (EU) über den Austausch von Steuerdaten ein. Auch wenn sich das Fürstentum einer sogenannten Weißgeldstrategie verschrieben hat und vom Steuerschwarzgeld wegkommen will - eine Wunschlösung ist der von der EU angestrebte automatische Datenaustausch mit den europäischen Steuerbehörden nach den Worten von Regierungschef Adrian Hasler nicht. Aber Hasler ist auch klar, dass sich das kleine Land mit seinen 17 Banken und einigen Hundert Treuhandfirmen internationalem Druck nicht entziehen kann. "Wir haben bereits mehrfach signalisiert, dass wir gesprächsbereit sind", sagte der seit März amtierende Chef der fünfköpfigen Regierung in einem Gespräch mit der Nachrichtenagentur Reuters. "Wir möchten aber nicht verhehlen, dass der automatische Informationsaustausch nicht unsere Wunschlösung ist".

Zu Beginn dieser Woche gaben die Finanzminister der EU-Kommission grünes Licht für Verhandlungen mit der Schweiz, Liechtenstein, San Marino sowie Andorra und Monaco über den automatischen Austausch von Bankdaten.

KEINE VORBEDINGUNGEN

"Wir haben keine Bedingungen gestellt", sagte Hasler. Kein Geheimnis macht er aber aus der Tatsache, dass er anstelle eines Informationsaustausches lieber eine Abgeltungssteuer wie mit Österreich oder eine Regelung wie mit Großbritannien sehen würde. Das würde in seinen Augen das Problem der sogenannten Altlasten lösen, dem Steuerschwarzgeld, das bei Liechtensteiner Banken schlummert. "Wir müssen eine Lösung für die Vergangenheit haben. Uns geht es darum, dass für alle Beteiligten Rechtssicherheit geschaffen wird." Im Rahmen der mit Großbritannien ausgehandelten 'Liechtenstein Disclosure Facility' (LDF) können britische Steuerhinterzieher mit Geld in Liechtenstein mit einer, so in einem Begleitdokument, "wohlwollenden Behandlung" rechnen, wenn sie sich selbst anzeigen. Das bedeutet unter anderem eine auf zehn Jahre rückwirkende pauschale Steuer von 40 Prozent auf Erträge und Gewinne. Bisher haben rund 5000 Briten diesen Weg beschritten. "Gute und gerade im Fall des LDF bereits ausgezeichnet bewährte Modelle", sagte Hasler. Darüber würde er gerne mit der EU diskutieren. Aber auch mit einzelnen Ländern würde Liechtenstein einen solchen Vertrag abschließen. Abgeltungssteuer-Konzepten gibt er nach dem Scheitern des deutsch-schweizer Vertrages keine Chancen mehr.

NOCH VERHANDLUNGSOPTIONEN

Mit welcher Strategie seine Regierung in Verhandlungen gehen wird, wollte Hasler nicht sagen. Klar ist für ihn, dass der Informationsaustausch international zunehmend an Akzeptanz gewinnt. "Darum setzen wir uns auch damit auseinander." Solange es sich aber nicht um einen im Rahmen der Wirtschaftsorganisation OECD festgeschriebenen internationalen Standard handelt, sieht er Verhandlungsspielraum für das Fürstentum. "Alles was nicht internationaler Standard ist, gibt gewisse Verhandlungsoptionen. Deshalb wägen wir unsere Optionen derzeit intensiv ab", sagte Hasler.

Die von Daten-Klau und Steuer-Affären wie dem Fall des damaligen Deutsche-Post-Chefs Klaus Zumwinkel gebeutelten Liechtensteiner Banken kommen langsam wieder auf die Beine. Im vergangenen Jahr konnten sie bei reichen Kunden mehr als 13 Milliarden Franken neues Geld einsammeln, wenngleich der größte Teil zu der im Besitz des Fürstenhauses stehenden LGT Bank floss. Insgesamt verwalten die Banken 184 Milliarden Franken (148 Milliarden Euro).